

Agrarpolitik

Die europäische Agrarpolitik ist nach wie vor widersprüchlich: Einerseits nimmt sie für sich den Schutz ihrer Landwirtschaft und insbesondere ihrer Ernährungsindustrie in Anspruch. Andererseits drängt sie arme Länder bei den bilateralen und multilateralen Handelsabkommen zur weitgehenden Marktöffnung für europäische Agrarprodukte. Die EU ist der weltweit größte Agrarexporteur. Diese Stellung zu halten und auszubauen, ist erklärtes Ziel der EU-Agrarpolitik.

Bei der aktuellen Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) und darüber hinaus sollte sich die Bundesregierung für einen Kurswechsel auf europäischer Ebene einsetzen. Die internationale Verantwortung der EU muss in der GAP verankert werden, wie es das Kohärenzgebot in den EU-Verträgen und die international eingegangene Verpflichtung auf die Millenniums-Entwicklungsziele der Vereinten Nationen gebieten:

- Es sollte ein regelmäßiges **Monitoring der Auswirkungen der GAP auf die Märkte im Süden** geben sowie einen Beschwerdemechanismus für Produzent_innen in Entwicklungsländern. Dieser soll es den Staaten und zivilgesellschaftlichen Organisationen der Entwicklungsländer ermöglichen, Fälle von unfairen Handelspraktiken der EU bekannt zu machen;
- Die **Agrarexportsubventionen** müssen als Instrument komplett aus der Gemeinsamen Marktordnung gestrichen werden;
- Maßnahmen zur Förderung der internationalen **Wettbewerbsfähigkeit** müssen gestrichen werden. Insbesondere Investitionsbeihilfen zur Kapazitätssteigerung in exportorientierten Bereichen, wie z.B. der Schweinehaltung, Milch- und Geflügelproduktion, sind abzuschaffen;
- Es bedarf adäquater Rahmenbedingungen, damit Bäuerinnen und Bauern in Zukunft wieder **faire Preise** für ihre Erzeugnisse erhalten und nicht mehr in so hohem Maße auf Subventionen angewiesen sind. Subventionen sollten an strikte soziale und ökologische Kriterien gebunden werden.